

E 27 - NR/XVII.GP.E n t s c h l i e ß u n g

des Nationalrates vom 24. November 1987

anläÙlich der Verhandlung des Berichtes des Finanzausschusses
über die Regierungsvorlage (277 der Beilagen): Drittes Abgaben-
änderungsgesetz 1987 (386 der Beilagen)

Im Zusammenhang mit der Neubegründung der
Vermögensteuerverpflicht für Energieversorgungsun-
ternehmen erhebt sich die Frage, ob und inwieweit
vereinnehnte Baukostenzuschüsse auf Grund der
jeweiligen Verordnung des Bundesministers für
wirtschaftliche Angelegenheiten über die von Ener-
gieabnehmern zu entrichtenden Anschlußpreise

eine Schuldpost gemäß § 64 Bewertungsgesetz
1955 darstellen. Der Bundesminister für Finanzen
wird ersucht, diese Frage zu prüfen. Der Ausschuß
vertritt dazu die Meinung, daß die Behandlung die-
ser Zuschüsse analog zur Behandlung der Energie-
bezugsrechte, insbesondere der Strombezugsrechte
innerhalb der Energiewirtschaft, erfolgen müÙte.